



**Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt**
Bundesvorstand - Pressestelle
Olof-Palme-Str. 19
60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135
Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de
www.igbau.de

Mediendienst

11.09.2013 – PM 86/2013

**SPD-Chef Sigmar Gabriel auf dem IG BAU-
Gewerkschaftstag**

Endlich wieder realistisch auf die Arbeitswelt blicken

Berlin – Mit einer Entschuldigung startete SPD-Parteichef Sigmar Gabriel seine Rede. Immerhin hatte er den bisherigen IG BAU-Bundesvorsitzenden Klaus WieseHügel von der Gewerkschaft „gemopst“, wie Gabriel sagte. Aber der im Kompetenzteam von SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück für Arbeit und Soziales zuständige WieseHügel werde gebraucht. Denn Deutschland habe dringend wieder eine Regierung „mit realistischem Blick auf die Arbeitswelt nötig.“

Die schwarz-gelbe Koalition kenne die Jobwirklichkeit nicht mehr. Junge Menschen würden kaum mehr in regulären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. „Fünfundzwanzig Prozent aller Jobs für Berufseinsteiger sind heute befristet“, so Gabriel. Ein Viertel der Arbeitnehmer sei in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sieben bis acht Millionen Menschen arbeiten, so Sigmar Gabriel, für einen Stundenlohn von unter 8 Euro in der Stunde. 1,4 Millionen für weniger als 5 Euro in der Stunde. Deshalb sei ein Politikwechsel dringend geboten. Das Motto müsse künftig sein: „Sozial ist nicht, was Arbeit schafft. Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann“. Faire und auskömmliche Löhne seien der einzige Weg, um Altersarmut zu verhindern.

Gabriel kündigte an, dass es mit der SPD nach der Bundestagswahl keinen Koalitionsvertrag geben werde, in der Zeit- und Leiharbeit nicht klar begrenzt und reglementiert seien. Es müsse in Deutschland endlich Schluss gemacht werden mit Dumping durch Leiharbeit und Werkverträge. Hier mahnte der SPD-Vorsitzende ein stärkeres Mitbestimmungsrecht an. Betriebsräte müssten künftig über Umfang und Dauer von Leiharbeit in

ihren Betrieben mit entscheiden. Das gelte auch für den Einsatz von Werkverträgen. Neben der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro sprach sich Gabriel vor den IG BAU-Delegierten für eine Verbesserung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen aus.

Deutliche Aussagen gab es vom SPD-Vorsitzenden auch zur Rentenpolitik. Danach soll der, der „40 Jahre eingezahlt hat, eine deutlich höhere Rente bekommen als der, der nie eingezahlt hat“. Das Rentenkonzept der SPD sehe eine Mindestrente von 850 Euro vor. Auch die Pflege wertete der SPD-Bundesvorsitzende als politische Baustelle: Die Pflegeversicherung müsse zu einer Bürgerversicherung werden. Zudem sei es dringend notwendig, die Ausbildungs- und die Lohnbedingungen für die Pflegekräfte zu verbessern.

Mit pointierten Worten über den Politikstil von Kanzlerin Merkel sorgte Gabriel zum Abschluss seines Grußwortes für Heiterkeit bei den IG BAU-Delegierten: Sie arbeite als „Anscheins erweckerin“ im Kanzleramt. Ob in der Wohnungsbaupolitik, der Pflege oder der Rente – überall sei außer Ankündigungen nichts passiert.